

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Leitlinien der Bundesregierung zum Indo-Pazifik für das Jahr 2022 (Fortschrittsbericht Indo-Pazifik 2022)

Umsetzung der Leitlinien der Bundesregierung zum Indo-Pazifik in einem sich wandelnden internationalen Umfeld

Die regelbasierte internationale Ordnung steht unter Druck, auch und gerade im Indo-Pazifik. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 erschüttert nicht nur Europa: Mit dem Angriff auf die staatliche Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine hat Russland gegen elementare Regeln der internationalen Ordnung verstoßen. Vor diesem Hintergrund betrachten auch wichtige asiatische Partner den russischen Angriff als globale und nicht nur europäische Herausforderung. Die regelbasierte internationale Ordnung umfasst die Normen des Völkerrechts, wie sie in den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen zum Ausdruck kommen, insbesondere: friedliche Streitbeilegung, territoriale Unversehrtheit, Achtung politischer Souveränität und individueller Menschenrechte. Frieden und Stabilität lassen sich nur aufrechterhalten, wenn diese grundlegenden Regeln von allen beachtet werden.

Im Indo-Pazifik werden die Regeln der internationalen Ordnung durch einzelne Akteure zunehmend herausgefordert. Die Aufrüstung in der Region hat sich beschleunigt, geopolitische Spannungen verschärfen territoriale Konflikte, die Gefahr einer Eskalation nimmt zu, etwa in der Straße von Taiwan. Die Bundesregierung wird auch zukünftig gemeinsam mit Partnern daran arbeiten, die regelbasierte internationale Ordnung zu bewahren, das Völkerrecht und multilaterale Strukturen zu stärken und Konflikten vorzubeugen. Sie vertritt die Position, dass in der Straße von Taiwan eine Veränderung des Status quo nur friedlich und im gegenseitigen Einvernehmen erfolgen kann.

Neben bestehenden Schwerpunkten in der Region wird die Bundesregierung besonders den sogenannten „blauen Kontinent“ und die pazifischen Inselstaaten noch stärker in den Blick nehmen. Dort verbinden sich zwei Entwicklungen: die sich verschärfende Klimakrise, die die Inselstaaten bereits in ihrem territorialen Bestand existenziell bedroht, und die wachsenden globalen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Die Bundesregierung wird ihr Engagement in dieser Region sichtbar erhöhen.

Die Bundesregierung bekräftigt ihre Leitlinien zum Indo-Pazifik von 2020 und beabsichtigt, ihr Engagement in den folgenden Bereichen stärker zu fokussieren:

- **Regelbasierte internationale Ordnung stärken:** Die Einhaltung des Völkerrechts und die Befolgung internationaler Rechtsprechung sind Voraussetzung für Frieden, Wohlstand und Entwicklung. Die Bundesregierung wird konstruktive Beiträge zum Erhalt der regelbasierten Ordnung fördern, die Resilienz ihrer Partner im Indo-Pazifik stärken und diese befähigen, für die Bewahrung der regelbasierten Ordnung einzustehen.

- **Dem Klimawandel entgegenzutreten:** Die Klimakrise bedroht die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen in den Insel-, Archipel- und Küstenstaaten des Indo-Pazifiks. Angesichts der weltweit höchsten Wachstumsraten von CO₂-Emissionen in der Region werden die Ziele des Pariser Abkommens ohne den Indo-Pazifik nicht eingehalten werden können. Die Bundesregierung wird ihre Klimaaußenpolitik und ihr klimapolitisches Engagement verstärken, um sicherzustellen, dass die internationale Gemeinschaft die gesetzten Klimaziele erreicht. Die am stärksten gefährdeten Staaten sollen dabei unterstützt werden, mit den Folgen des Klimawandels bestmöglich umzugehen. Im Einklang mit den beim G7-Gipfel in Elmau gesteckten Zielen eines Klimaclubs, wird die Bundesregierung Klima- und Entwicklungspartnerschaften mit einigen Partnern der Region ausbauen und intensivieren.
- **Einseitige Abhängigkeiten in strategischen Bereichen durch Diversifizierung reduzieren:** Als Exportnation hat Deutschland ein vitales Interesse an freien Handelswegen, offenen Märkten und regelbasiertem internationalen Handel. Der Indo-Pazifik ist für Deutschland und die Europäische Union (EU) als Absatzmarkt, Investitionsstandort, Rohstoffquelle und Hochtechnologie-region von herausgehobener Bedeutung. Gleichzeitig bestehen starke wirtschaftliche Abhängigkeiten von einzelnen Märkten. Die Bundesregierung wird die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass in Schlüsselbereichen Lieferketten diversifiziert und die Chancen der Indo-Pazifik-Region besser und breiter genutzt werden. Sie setzt sich daher für rasche Fortschritte bei den Verhandlungen von EU-Freihandels- und Investitionsschutzabkommen mit Staaten im Indo-Pazifik ein. Eine Entkopplung der deutschen Wirtschaft von einzelnen Märkten liefe deutschen Interessen klar zuwider.
- **Künftigen sozioökonomischen Krisen vorbeugen:** Die COVID-19-Pandemie hat viele Schwellen- und Entwicklungsländer finanziell, wirtschaftlich und gesellschaftlich stark belastet und Entwicklungserfolge der letzten Jahre zunichtegemacht. Es ist im Indo-Pazifik schwerer geworden, die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 zu erreichen. Angesichts fehlender finanzieller Ressourcen und hoher Verschuldungsraten können einige Staaten auf weitere Schocks (etwa Anstieg der Lebensmittel- und Energiepreise, Rückgang des Wirtschaftswachstums) kaum noch angemessen reagieren. Durch den Ausbau regenerativer Energien und Energieeffizienz sollen Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern reduziert werden.
- **Inklusiven Ansatz bekräftigen:** Deutschland tritt einer Blockbildung im Indo-Pazifik klar entgegen. Die Leitlinien zum Indo-Pazifik enthalten Kooperationsangebote an alle Partner der Region, die sich zu den Prinzipien der regelbasierten Ordnung bekennen.

Zusammenfassung

Zu den wichtigsten Ergebnissen in der Umsetzung der Leitlinien der Bundesregierung zum Indo-Pazifik gehören im Berichtszeitraum September 2021 bis August 2022:

- Auch auf Initiative der Bundesregierung hat die EU im September 2021 die EU-Strategie für Zusammenarbeit im indo-pazifischen Raum vorgestellt. Ein Ministerforum in Paris mit Partnerstaaten der Region hat im Februar 2022 erste Umsetzungsschritte eingeleitet, darunter eine koordinierte EU-Seeraumüberwachung im nordwestlichen Indischen Ozean.
- Während seiner G7-Präsidentschaft unterstreicht Deutschland die enge Partnerschaft mit dem Indo-Pazifik, etwa indem die G20-Partner Indonesien und Indien zum Gipfel in Elmau eingeladen wurden. Im Indo-Pazifik verhandelt die G7 nun *Just Energy Transition Partnerships* mit Indien, Indonesien und Vietnam.
- Bei den Deutsch-Indischen Regierungskonsultationen am 2. Mai 2022 wurden 14 Übereinkünfte in den Bereichen Klima, Energie, Agrarökologie, Sicherheit, Gesundheit, Arbeitsschutz, Forschung und Migration geschlossen. Die Partnerschaft für grüne und nachhaltige Entwicklung unterstützt Indien mit 10 Mrd. Euro bis 2030 dabei, die nationalen Klima- und Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Deutschland und Indien wollen auch bei der Herstellung und Speicherung von grünem Wasserstoff (durch erneuerbare Energie erzeugt) zusammenarbeiten. Ein Geheimschutzabkommen ermöglicht den vertraulichen Austausch zu Sicherheitsfragen.
- Deutschland hat seine Verantwortung für die Aufrechterhaltung der regelbasierten internationalen Ordnung mit einer Ausbildungs- und Präsenzfahrt der Fregatte BAYERN im Indo-Pazifik von August 2021 bis Februar 2022 unterstrichen. Die Fregatte beteiligte sich an der Überwachung der Sanktionen gegen Nordkorea, die der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) verhängt hatte. Zudem stärkten Hafenbesuche und gemeinsame Marineübungen die Kooperation mit regionalen Partnern. Im August 2022 wurden Flugzeuge der Luftwaffe nach Australien verlegt, um an den multinationalen Militärübungen *Pitch Black* und *Kakadu* teilzunehmen und die Zusammenarbeit mit Singapur, Japan und Südkorea auszubauen.
- Mit hochrangigen Besuchen hat Deutschland seine Beziehungen im Indo-Pazifik ausgebaut: In Singapur und Indonesien würdigte Bundespräsident Dr. Steinmeier im Juni 2022 die Bedeutung der Region. Bundeskanzler Scholz besuchte im April 2022 Japan, wo er Deutsch-Japanische Regierungskonsultationen ankündigte. Im Juli 2022 reiste Bundesaußenministerin Baerbock vom G20-Außenministertreffen in Indonesien nach Palau und Japan. In Palau stellte sie die neue Sonderbotschafterin für die pazifischen Inselstaaten vor. Im Juni 2022 beschloss die Bundesregierung, mit u. a. Laos, der Mongolei und Nepal die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit wiederaufzunehmen.

Fortschritte in den einzelnen Handlungsfeldern

1. Multilateralismus stärken

1.1. EU-Strategie Indo-Pazifik und ihre Umsetzung

Am 22. Oktober 2021 wurde die EU-Strategie für die Zusammenarbeit im indo-pazifischen Raum vom Europäischen Rat indossiert. Diese hatten Deutschland, Frankreich und die Niederlande initiiert. Die EU-Strategie sieht Maßnahmen vor in den Bereichen: nachhaltiger und inklusiver Wohlstand, ökologischer Wandel, Meerespolitik, Digitalisierung und Digitalpartnerschaften, Konnektivität, Sicherheit und Verteidigung sowie menschliche Sicherheit. Dabei verfolgt sie einen inklusiven Ansatz.

Unter französischer EU-Ratspräsidentschaft vereinbarten die EU-Mitgliedstaaten und 30 Partnerstaaten im Indo-Pazifik am 22. Februar 2022 in Paris u. a. folgende Projekte:

- Einrichtung einer EU-koordinierten maritimen Präsenz im nordwestlichen Indischen Ozean, um mit Schiffen der EU-Mitgliedstaaten ein maritimes Lagebild zu erstellen.
- Initiativen für nachhaltige Konnektivität im ASEAN-Raum sowie für Klima- und Umweltschutz mit Timor-Leste, den ASEAN-Staaten, Südasien und im Pazifik, bei denen EU-Institutionen und -Mitgliedstaaten zusammenarbeiten (*Team Europe*).
- Gemeinsame Erklärung zum Schutz der Privatsphäre und von persönlichen Daten, in der sich die EU mit Indo-Pazifik-Staaten (u. a. Australien, Indien, Japan, Südkorea) auf gemeinsame Datenschutzstandards verständigt.

Am 13. und 14. Juni 2022 fand in Prag ein hochrangiger Dialog zum Indo-Pazifik mit EU-Mitgliedstaaten und Indo-Pazifik-Staaten statt. Dort wurden u. a. die Bedeutung einer sicherheitspolitischen Regionalarchitektur sowie die Relevanz von Freihandel und Infrastrukturprojekten hervorgehoben.

1.2. Indo-Pazifik unter deutscher G7-Präsidentschaft

Am G7-Gipfel in Elmau vom 26. bis 28. Juni 2022 nahmen mit Indien und Indonesien zwei G20-Partner als Vertreter des indo-pazifischen Raums teil. In der Erklärung mit den Partnerstaaten wurden u. a. die Bedeutung resilienter Demokratien, die gemeinsame Verantwortung für die Förderung der regelbasierten internationalen Ordnung und die Bewältigung globaler Herausforderungen hervorgehoben.

1.3. Ausweitung der Partnerschaft mit ASEAN

Mit ASEAN als zentralem multilateralem Akteur im Indo-Pazifik hat Deutschland seine Kooperation im Berichtszeitraum intensiviert. Mit fast 30 Mio. Euro (vom Gesamtvolumen von 90 Mio. Euro) finanzierte Deutschland seit Anfang 2021 neu angelaufene Klima- und Umweltschutzprojekte, etwa das *ASEAN-German Climate Action Programme*. Das ASEAN-Sekretariat und das ASEAN-Zentrum für Humanitäre Hilfe in Jakarta wurden in der Organisationsentwicklung unterstützt und der Expertenaustausch zum VN-Seerechtsübereinkommen UNCLOS gefördert. Deutschland zahlte 5 Mio. Euro in den *COVID-19 ASEAN Response Fund* ein, um einen Beitrag zur Bewältigung der Pandemiefolgen in der Region zu leisten.

2. Dem Klimawandel entgegentreten und die Umwelt schützen

2.1. Abschluss von Klima- und Entwicklungspartnerschaften

Auf dem G7-Gipfel in Elmau im Juni 2022 wurden Verhandlungen über *Just Energy Transition Partnerships* u. a. mit Indien, Indonesien und Vietnam angekündigt. Diese sollen Partnerstaaten bei der Erreichung ihrer ambitionierten Klimaziele unterstützen, insbesondere bei einem raschen Kohleausstieg und dem Ausbau erneuerbarer Energien.

Auf bilateraler Ebene hat Deutschland zudem im Mai 2022 mit der „Partnerschaft für grüne und nachhaltige Entwicklung“ eine Klima- und Entwicklungspartnerschaft mit Indien geschlossen; bis 2030 will Deutschland dafür mindestens 10 Mrd. Euro einsetzen. Eine Partnerschaft mit Pakistan wurde bereits im September 2021 unterzeichnet. Beide Staaten werden dabei unterstützt, die Pariser Klimaziele und Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 zu erreichen. Im November 2021 hatte die Bundesregierung Indien bereits 1,4 Mrd. Euro zugesagt für 39 Vorhaben in den Bereichen Energiewende, Agrarökologie, Waldschutz, resiliente Stadtentwicklung und grüne urbane Mobilität.

2.2. Ausbau erneuerbarer Energien

Mit der Leuchtturminitiative „Solarpartnerschaft und Grüne Energiekorridore“ fördert Deutschland mit einem laufenden Portfolio von 6 Mrd. Euro den Ausbau von erneuerbaren Energien, Netzen und Speicherkapazitäten sowie Energieeffizienz in Indien. Dadurch wurden bis 2022 über drei Gigawatt an erneuerbaren Energien zusätzlich generiert, über 200.000 ländliche Haushalte mit sauberer Energie versorgt und künftig jährlich 100 Mio. Tonnen CO₂-Emissionen eingespart.

2.3. Ausbau von Klimarisikofinanzierung

Die Bundesregierung möchte besonders betroffene Partner im Indo-Pazifik dabei unterstützen, Klimarisiken zu reduzieren und klimabedingte Verluste und Schäden zu minimieren.

Unter deutscher G7-Präsidentschaft schlug die Bundesregierung einen Globalen Schutzschirm gegen Klimarisiken vor, zuletzt beim Petersberger Klimadialog im Juli 2022. Dieser soll den Zugang zu umfassenden Schutzpaketen inkl. Frühwarnsystemen, Klimarisikoversicherungen und sozialer Sicherung erleichtern. Eine der regionalen Lösungen zur Risikofinanzierung ist die *Pacific Catastrophe Risk Insurance Company*, die die Cook-Inseln und Samoa gegen tropische Wirbelstürme und Tsunamis versichert. Im November 2021 hat Deutschland dies mit 10 Mio. Euro unterstützt.

2.4. Internationale Klimaschutzinitiative

Seit September 2021 wurde die Finanzierung von 18 Neuvorhaben der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) bewilligt, bei denen Deutschland seine Partner im Indo-Pazifik in deren Kampf gegen den Klimawandel und den Verlust der biologischen Vielfalt unterstützt. Dazu gehören u. a. Projekte zur Minderung klimaschädlicher Emissionen etwa in Indonesien; Anpassungsprojekte wie zu Wettervorhersagen als Klimarisikomanagement in Vietnam; oder Projekte zum Schutz von Seegraswiesen in den Gewässern der Philippinen.

2.5. Grüner Wasserstoff

In Umsetzung der Nationalen Wasserstoffstrategie der Bundesregierung hat Deutschland seit März 2022 Energiedialoge mit Australien, Indien, Neuseeland und Thailand eingerichtet, die u. a. die Forschungskooperationen zu grünen Wasserstofftechnologien stärken sollen.

Seit Herbst 2021 fördert die Bundesregierung gemeinsam mit deutschen Partnerinstitutionen in Australien, Japan, Südkorea und Neuseeland sieben Forschungspräsenzen für grünen Wasserstoff. Bilaterale Wasserstoffkooperationen fördern u. a. die Forschung entlang der Wertschöpfungskette von Wasserstoff (*HYGATE* mit Australien), Material- und Antriebsforschung für den Schiffstransport (Japan) oder die Erzeugung, Speicherung und Verteilung von Wasserstoff (Neuseeland). Auch mit Indien will Deutschland zu grünem Wasserstoff vertieft kooperieren, wie bei den Regierungskonsultationen im Mai 2022 vereinbart.

2.6. Unterstützung bei der Umsetzung von nationalen Klimaschutzzielen

Mit Australien und Neuseeland unterstützt Deutschland den „Regionalen pazifischen NDC Hub“, welcher bisher 14 pazifische Inselstaaten dabei unterstützt, ihre nationalen Klimaschutzziele (NDCs) ambitionierter zu gestalten, zu finanzieren und umzusetzen. Seit Juli 2022 wird der Hub mit weiteren 1,7 Mio. Euro von Deutschland unterstützt. Bisher wurde etwa die NDC-Umsetzung in Tuvalu, Samoa und Tonga finanziert.

2.7. Team-Europe-Initiativen zum Klimaschutz

Bei *Team-Europe*-Initiativen stellen EU-Institutionen und -Mitgliedstaaten gemeinsam Lösungen für Partner zur Verfügung. Deutschland beteiligt sich an fünf regionalen Initiativen, darunter zwei mit ASEAN: *ASEAN Sustainable Connectivity* zur Erleichterung des nachhaltigen, klimafreundlichen Handels zwischen ASEAN-Staaten sowie *MARECO* für regionalen Meeresschutz. Zudem ist Deutschland im Indo-Pazifik an 15 von 17 nationalen *Team-Europe*-Initiativen mit insgesamt 3,6 Mio. Euro beteiligt.

2.8. Waldschutz, Meeresschutz, Biodiversität

Mit 80 Mio. Euro werden seit 2021 Waldschutzprojekte in Indien, Indonesien, Laos, Pakistan und Vietnam gefördert. Davon fließt fast die Hälfte nach Indonesien, wo die illegale Abholzung des Urwaldes bekämpft und eine soziale, nachhaltige Forstwirtschaft entwickelt wird. Im Mai 2022 hat Deutschland zusätzlich 100 Mio. Euro für den Weltnaturerbe-Fonds für die nächsten 15 Jahre zugesagt, um den *Gunung-Leuser*-Nationalpark in Indonesien zu fördern.

Im Berichtszeitraum förderte Deutschland den Meeresschutz im Indo-Pazifik mit 6 Mio. Euro. Darunter fallen Projekte zum Mangrovenschutz, nachhaltiger Fischerei und Bewirtschaftung von Küstenökosystemen sowie für die Anpassung der Küstenregionen an den Klimawandel. Mit 3 Mio. Euro wurden Projekte gegen Meeresmüll im Indo-Pazifik gefördert.

Mit 20 Mio. Euro wurde die Wiederherstellung von Wäldern finanziert, im Indo-Pazifik besonders auf den pazifischen Inselstaaten. Die Partner wurden darin ausgebildet, das Nagoya-Protokoll der Biodiversitätskonvention von 2014 umzusetzen, das den Zugang zu genetischen Ressourcen regelt.

3. Frieden, Sicherheit und Stabilität stärken

3.1. Sicherheitspolitischer Beitrag zur regelbasierten internationalen Ordnung

Mit der Ausbildungs- und Präsenzfahrt der Fregatte BAYERN im Indo-Pazifik von August 2021 bis Februar 2022 hat Deutschland zur Aufrechterhaltung der regelbasierten internationalen Ordnung beigetragen. Wichtiger Bestandteil war die Überwachung der Sanktionen des VN-Sicherheitsrats gegen Nordkorea. Die Fregatte BAYERN nahm an maritimen Kooperationsübungen teil und konnte trotz COVID-19-Einschränkungen Hafenbesuche bei Partnern absolvieren, u. a. in Australien, Indien, Japan, Pakistan, der Republik Korea, Singapur, Sri Lanka und Vietnam.

3.2. Stärkung der maritimen Resilienz von Partnern

Zusätzlich zum bereits laufenden Expertenaustausch mit ASEAN und Sri Lanka bei der Umsetzung des VN-Seerechtsübereinkommens in nationales Recht unterstützt die Max-Planck-Stiftung seit November 2021 durch Weiterbildung im Seerecht auch die *Indian Ocean Rim Association (IORA)*, eine Regionalorganisation mit 23 Mitgliedstaaten, die den gesamten Indischen Ozean umfasst.

Im Juni 2022 übergab Deutschland zwei Aufklärungsdrohnen an die philippinische Küstenwache. Damit soll das Küstengebiet besser überwacht werden. Deutschland fördert in diesem Pilotprojekt die Ausbildung von Operateuren und Operateuren in der Steuerung der Drohnen und die Erarbeitung einer Einsatzleitlinie.

3.3. Ausbau der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit im Indo-Pazifik

Im August 2022 sind Flugzeuge der Luftwaffe in den Indo-Pazifik verlegt worden, um an zwei multinationalen Militärübungen in Australien teilzunehmen, *Pitch Black* und *Kakadu*. Im Rahmen des Luftwaffen-Vorhabens *Rapid Pacific 2022* werden *Eurofighter*-Kampffjets, Transport- und Tankflugzeuge im September 2022 auf dem Rückweg auch Singapur, Japan und Südkorea besuchen, um die Kooperation mit engen Partnern zu stärken.

3.4. Schutz vor Piraterie im Indo-Pazifik

Über die Gremienarbeit der Bundespolizei seit Deutschlands Beitritt zum *Regional Cooperation Agreement on Combating Piracy and Armed Robbery against Ships in Asia (ReCAAP)* 2021 hinaus ist ein Finanzbeitrag zur jährlichen ReCAAP-Konferenz 2023 geplant.

3.5. Regionales Deutschlandzentrum Südostasien

Nach seiner Einrichtung in Singapur im August 2021 ist das Regionale Deutschlandzentrum (RDZ) Südostasien seit Januar 2022 mit Kanälen in den sozialen Medien vertreten und weiter im Aufbau begriffen: Über *Facebook* und *Twitter* werden politische Entscheidungsträgerinnen und -träger, gesellschaftliche Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie die Öffentlichkeit über das deutsche Engagement in der Region informiert. Neben Indo-Pazifik-Themen bilden dabei Informationen und Positionen der Bundesregierung zu Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine einen inhaltlichen Schwerpunkt.

3.6. Stabilisierung

Die Bundesregierung fördert weiterhin mit der EU den Versöhnungsprozess nach dem langjährigen Bürgerkrieg in Sri Lanka. Im März 2022 begann eine Projektphase, in der die Rolle von Frauen und Jugendlichen im öffentlichen Diskurs gestärkt und die interkulturelle Sensibilität des öffentlichen Dienstes gefördert wird. Deutschland beteiligt sich mit 3 Mio. Euro.

3.7. Stärkung der bilateralen Beziehungen

Im April 2022 besuchte Bundeskanzler Scholz nach Amtsantritt Japan als ersten Staat im Indo-Pazifik. Beide Seiten vereinbarten, künftig regelmäßig Deutsch-Japanische Regierungskonsultationen abzuhalten. Das erste Treffen ist für 2023 geplant. Im Juni 2022 reiste Bundespräsident Dr. Steinmeier nach Singapur und Indonesien. In Palau stellte Bundesaußenministerin Baerbock im Juli 2022 die Sonderbotschafterin für die pazifischen Inselstaaten vor, die sich künftig dem Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit mit dieser Region widmen wird.

Im Mai 2022 wurde erstmals nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen ein bhutanischer Botschafter in Deutschland akkreditiert; im Juni 2022 reziprok der deutsche Botschafter in Bhutan.

Im Juni 2022 beschloss die Bundesregierung, die bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit u. a. mit Laos, der Mongolei und Nepal wiederaufzunehmen. Deutschland reagiert damit auch auf die Verschärfung von Armut und Ungleichheit durch die wirtschaftlichen Verwerfungen der COVID-19-Pandemie und die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine.

4. Für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit eintreten

4.1. Erhöhte Projektmittel für Menschenrechtsprojekte

Die Bundesregierung hat 2022 die Projektmittel zur Stärkung der Menschenrechte im Indo-Pazifik mit 1,8 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt. Insgesamt werden Projekte in 15 Ländern unterstützt, die insbesondere gefährdeten Gruppen zugutekommen. Dazu zählen u. a. Vorhaben zur Stärkung der Rechte von Frauen, Kindern, lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen sowie queeren Menschen und ethnischen Minderheiten, zudem Vorhaben zum Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern und zum Rechtszugang der Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen.

4.2. Rechtsstaatsdialog

Seit Oktober 2021 wurde der Deutsch-Vietnamesische Rechtsstaatsdialog aufgewertet. Zusätzlich zu Dialogmaßnahmen der Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit hat das Bundesjustizministerium vor allem Online-Dialoge mit dem vietnamesischen Justizministerium, der Obersten Volksstaatsanwaltschaft und dem Obersten Volksgericht durchgeführt zu Themen wie dem Schutz geistigen Eigentums, Frauenrechten, staatlichen Entschädigungsfragen oder Jugendstrafrecht.

4.3. Humanitäre Hilfe

Bei Naturkatastrophen im Indo-Pazifik leistete Deutschland im Berichtszeitraum humanitäre Hilfe: Nach Taifun *Odetta* auf den Philippinen im Dezember 2021 unterstützte Deutschland die lokalen Behörden bei der Gesundheitsversorgung. Nach dem Vulkanausbruch im pazifischen Inselstaat Tonga leistete Deutschland im Januar 2022 Hilfe bei der Wasserversorgung von Schulen und Gemeinden. Zudem setzte Deutschland seine humanitäre Unterstützung für die aus Myanmar geflüchteten Rohingya in Bangladesch fort.

4.4. Gesundheitskooperationen

Seit Pandemiebeginn hat die Bundesregierung insgesamt 53,5 Mio. COVID-19-Impfstoffdosen an sieben Staaten im Indo-Pazifik abgegeben, die meisten an Pakistan, Indonesien und die Philippinen. Zudem lieferte Deutschland relevante medizinische Güter zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie, u. a. nach Bangladesch, Indien und Indonesien. Im September 2021 wurde zwischen Singapur und Deutschland die quarantänefreie Einreise ermöglicht („*Vaccinated Travel Lane*“) – wichtig für die Wiederaufnahme von Reisen in die Region.

Für Gesundheitsvorsorge und die Verhinderung zukünftiger Pandemien ist die Weltgesundheitsorganisation die zentrale koordinierende Organisation. Deutschland setzt sich für eine Einbeziehung aller relevanten Akteure ein. Bundesgesundheitsminister Dr. Lauterbach hat am 23. Mai 2022 im Rahmen der Weltgesundheitsversammlung erstmalig explizit eine Einbindung Taiwans gefordert.

4.5. Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit

Über den *Vision Zero Fonds* der Internationalen Arbeitsorganisation unterstützt die Bundesregierung Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit in ärmeren Produktionsländern. In Vietnam wurden 2021 Arbeitsschutzrisiken in Kaffeeanbau und -verarbeitung identifiziert und bewertet. Gegenmaßnahmen werden nun von Akteuren vor Ort entwickelt und durch den Fonds gefördert. In Laos wird der Gesundheitsschutz in der Textilindustrie verbessert.

5. Regelbasierten, fairen und nachhaltigen Freihandel stärken

5.1. Freihandels- und Investitionsschutzverhandlungen mit Partnern in der Region

Deutschland unterstützt die Europäische Kommission in ihren Verhandlungen zu modernen Freihandelsabkommen, gegenwärtig u. a. mit Australien, Indien und Indonesien. Die Verhandlungen mit Indien (inkl. Investitionsschutz) wurden im Juni 2022 wiederaufgenommen, die Verhandlungen mit Australien und Indonesien (inkl. Investitionsschutz) dauern an. Verhandlungen mit Neuseeland wurden im Juni 2022 abgeschlossen.

5.2. Landwirtschaftskooperationen

Im September 2021 wurden in Vietnam am Standort Ho-Chi-Minh-Stadt sowie in China an den Standorten Peking und Shanghai Kompetenzstellen für den Export von deutschen Agrar- und Ernährungsprodukten an den Außenhandelskammern eingerichtet. Diese sollen den Export von deutschen Agrar- und Ernährungsgütern sowie Landtechnik fördern.

Um Exportbemühungen deutscher Unternehmen der Land- und Ernährungswirtschaft zu unterstützen, hat die Bundesregierung ein Exportförderprogramm aufgelegt. So wurden auf einer internationalen Fachkonferenz in Nanjing/China im Oktober 2021 Technologien der deutschen Nutztierindustrie vorgestellt und in Vietnam u. a. ein digitales Forum unter Teilnahme deutscher klein- und mittelständischer Unternehmen veranstaltet.

5.3. Einreiseerleichterungen für Fachkräfte

Im Dezember 2021 traf die Bundesagentur für Arbeit eine Absprache mit dem indischen Bundesstaat Kerala, unter welchen Bedingungen Pflegefachkräfte ausgewählt und nach Deutschland vermittelt werden können. Die Bundesregierung hat im Juni 2022 mit den Philippinen eine Absichtserklärung abgeschlossen, wonach die Vermittlung von Pflegekräften nach Deutschland verbessert werden soll.

Bei den Regierungskonsultationen am 2. Mai 2022 haben sich Deutschland und Indien auf ein umfassendes Migrations- und Mobilitätsabkommen verständigt – das erste seiner Art. Das Abkommen wird auch Fragen der legalen Migration insbesondere von Fachkräften und Studierenden behandeln.

6. Räume und Märkte regelbasiert vernetzen und digital transformieren

6.1. EU-Konnektivitätsstrategie *Global Gateway*

Am 1. Dezember 2021 präsentierte die EU ihre Konnektivitätsstrategie *Global Gateway*. Diese soll Projekte für hochwertige und nachhaltige Infrastruktur in den Bereichen Digitales, Energie, Transport, Gesundheit, Bildung und Forschung initiieren und in Partnerschaften umsetzen. Anders als die bisherige EU-Asien-Konnektivitätsstrategie verfolgt *Global Gateway* einen weltweiten Ansatz. Deutschland hatte sich im Vorfeld für die Ausweitung der EU-Konnektivitätsstrategie eingesetzt.

6.2. Digitalisierung

Im Dezember 2021 wurde im Digitalzentrum Indonesien der *Mobile Innovation Hub Indonesia* ins Leben gerufen: Er bringt Akteure des Mobilfunksektors und lokale Digitalunternehmen zusammen, um Indonesiens digitalen Wandel klimafreundlich zu gestalten. In Vietnam lancierte das Digitalzentrum im Januar 2022 einen *Green Tech Hub*, eine Plattform aus Politik, Industrie, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, um grüne Technologien und Startups mit klimarelevanten Lösungen zu fördern. Mit der *Make-IT*-Initiative will Deutschland seit Januar 2022 in Indonesien und Vietnam digitale Innovationen stärken. Im März und Juni 2022 wurde der digitalpolitische Austausch mit Japan und Indien fortgesetzt.

6.3. Nachhaltige Stadtentwicklung

Die Bundesregierung unterstützt Indien seit 2013 bei der nachhaltigen und inklusiven Stadtentwicklung, derzeit mit einem laufenden Portfolio von 3,6 Mrd. Euro. Schwerpunkte sind die umweltfreundliche Mobilität, nachhaltige Stadtplanung, Sanitärversorgung und Klimaresilienz. Bis Ende 2022 sollen durch die „Partnerschaft für Grüne Urbane Mobilität“ insgesamt 9,7 Mio. Menschen besseren Zugang zu Metro- und Bussystemen erhalten.

7. Menschen über Kultur, Bildung und Wissenschaft zusammenbringen

Im Herbst 2021 sind drei Forschungsprojekte zwischen Deutschland und der Republik Korea zu den Themen Robotik und Leichtbau/Karbon gestartet, in denen deutsche und koreanische Forschungsinstitute sowie klein- und mittelständische Unternehmen kooperieren. Die Fördermittel aus Deutschland und Korea betragen jeweils 1,8 Mio. Euro.

Bei den Deutsch-Indischen Regierungskonsultationen am 2. Mai 2022 wurde die Arbeit des *Indo-German Science and Technology Center* hervorgehoben, das bilaterale, anwendungsnahe Forschung fördert. Die Laufzeit des Zentrums wurde um fünf Jahre bis 2027 verlängert.

